

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berliner Bezirksparteitag.

Otto Wels über den Ruhrkonflikt.

Der am gestrigen Sonntag in den Germania-Sälen zusammengetretene außerordentliche Bezirkstag der Berliner Parteigenossen nahm zunächst ein Referat des Genossen Wels über die politische Lage entgegen und erledigte dann die Wahlen für den Bezirksvorstand, die Preßkommission, den Bezirksbildungsausschuß, den Bezirksvorstand des Vereins Sozialistische Arbeiterjugend und den Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Genosse Otto Wels

gab einleitend seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm vergönnt sei, auf dem ersten Bezirkstag der Berliner Organisation seit der Wiedervereinigung zu sprechen. Die Sozialdemokratische Partei kann nicht mehr so zu den politischen Ereignissen Stellung nehmen wie früher, denn im heutigen Staat ist die Arbeiterschaft das Fundament, auf dem die Republik ruht. Es ist auch heute leicht, Forderungen aufzustellen, die den Gefühlen der Masse entsprechen. Aber unsere Politik muß

von höchster Verantwortlichkeit getragen

sein. Unsere innere Politik ist abhängig von der äußeren Politik, die von der Entente als Kontrahent des Versailler Vertrages getrieben wird. Danach müssen wir uns richten, und wenn wir mit unseren Plänen in den Himmel fliegen wollen, sonst organisierten wir nur unsere eigene Niederlage. Die Republik ist für uns die einzig mögliche Staatsform, weil wir glauben, nur über die Demokratie zum Sozialismus kommen zu können. In Deutschland ballt sich der Kampf zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum zusammen in dem Kampf

zum Schutze der Republik, die wir an allen Ecken bedroht sehen.

Nur die Arbeiterschaft tritt ehrlich für die Republik ein. Es darf niemand darüber im Zweifel sein, daß das Bürgertum bis hinein in demokratische Kreise bereit ist, sich zur Reaktion zu bekennen, wenn die Verhältnisse es erfordern (Sehr richtig!)

Der Herrenabbath der Gewinn gier führt zur Ausbeutung des Volkes, zur Zerstörung der Währung, und das alles zeigt sich in politischer Unzufriedenheit um, und nach der Methode „halten den Dieb!“ bemüht sich die nationalistiche Presse, der Sozialdemokratie an der Lage in Deutschland die Schuld zuzuschreiben. — Der Redner bespricht die ungeheuren Gewinne, die auch u. a. in der Landwirtschaft gemacht werden und schildert das Hungersterben des deutschen Volkes. Wir haben den Feind im Lande, nicht nur die Franzosen, sondern die fürchterliche Not. (Zustimmung.) Deutschland ist nicht so reich, um die Summen zahlen zu können, die das Londoner Ultimatum fordert. Die Böhen sind etwa um den zehnten Teil der Kaufkraft vor dem Kriege gesunken. Der deutsche Arbeiter muß 7 1/2 Stunden arbeiten, um die gleiche Menge Lebensmittel kaufen zu können, die englische Arbeiter mit einem Arbeitsaufwand von 3 1/2 Stunden, amerikanische Arbeiter gar nur mit 2 1/2 Stunden erwerben können.

Die Finanzen der deutschen Republik sind geradezu trostlos. Vom 8. bis 15. Februar hat sich der Banknotenumfang um 450 Milliarden gesteigert, so daß er jetzt 2 Billionen 700 Milliarden beträgt; seit dem 15. Januar hat er sich verdoppelt. Diese Inflation aber bedeutet Verteuerung aller tatsächlichen Bedarfs. Denjenigen Parteien und Zeitungen, die sich darüber entrüsten, daß wir diese Mißstände öffentlich kritisieren, antworten wir, daß die Sozialdemokratie ihr politisches Handeln eben so einrichten muß, daß sie sich in keiner Stunde ihrer Taten zu schämen braucht.

Die Regierung hat dem Reichstage einen Entwurf über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung vorgelegt. Dieser Entwurf, der uns von Anfang an nicht weit genug ging, ist von den bürgerlichen Parteien noch verschlechtert worden. Die Sozialdemokratie wird dagegen den schärfsten Kampf aufnehmen. Die bürgerlichen Parteien müssen die Verantwortung für diese miserablen Finanz- und Steuerpolitik tragen. Für die Sozialdemokratie bleibt die Erfassung der Sachwerte der einzige Weg, um aus dem Dilemma herauszukommen.

Der Gefahr der Bildung von Banden und ähnlichen illegalen Organisationen muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Unsere Redner im Reichstag haben nach dieser Richtung mit aller Schärfe gewirkt. Durch die Energie des preußischen Innenministers ist die

Zusache, daß zwischen Reichswehrministerium und illegalen Organisationen bis in die neueste Zeit Verhandlungen gepflegt

wurden, aufgedeckt worden. Die Regierung muß mit dieser Gesellschaft aufräumen, denn deren Wirken ruht nur Herrn Poincaré, der glaubt, sich gegen ein Erfarntes Deutschlands in den nächsten 20 bis 30 Jahren nur durch die Zertrümmerung Deutschlands sichern zu können. Ein verrückter Mensch kann nicht daran denken, den Franzosen mit Wassergewalt entgegenzutreten. So sehr ich Gegner von Bündnisverträgen bin, so sehr behaupte ich es, daß der Garantievertrag zwischen Frankreich, England und Amerika gescheitert ist; er hätte Frankreich die ersuchte Sicherheit gegen den von vielen Franzosen ernsthaft gefürchteten Angriff Deutschlands gegeben. Die Friedensliebe der deutschen Arbeiter steht an erster Stelle und daher würden sie einer solchen Sicherung durchaus zustimmen. Solange in Frankreich die Angst vor deutschen Angriffen besteht, wird man dort die Abklärung nicht mit Erfolg propagieren können. — Der Redner bespricht die französische Politik, die seit 300 Jahren auf die Rechtfertigung Deutschlands und die Annexion des Rheinlandes hinausgeht. Lloyd George hat in einem Artikel vor kurzem darauf hingewiesen, daß Frankreich unangefochten bestrebt war und ist, den Versailler Vertrag in der Richtung dieser Politik zu revidieren. In einem weiteren Artikel behandelt Lloyd George die verachteten Gelegenheiten zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage und fordert: „Wenn noch einige Monate ins Land gezogen wären, hätte kein französischer Staatsmann gewagt, die Ruhr zu besetzen.“ Frankreich wollte und mußte Befehlungen Deutschlands feststellen, um seine politischen Ziele fördern zu können. Eine Denkschrift der französischen Industriellen hebt hervor, daß der Versailler Vertrag

in bezug auf die deutsche Eisenproduktion versagt habe und verlangt, daß Deutschland daran gehindert werde, kanadische und schwedische Erze einzuführen; dieses Risiko des Vertrages müsse ausgeglichen werden.

Für uns ist die erste Frage die, wie wir aus der jetzigen Lage herauskommen. Gegenüber allen Dolchstoßlegenden der rechtsstehenden Presse erklären wir, daß wir an der

Erfüllungspolitik in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit festhalten, weil nur dadurch der Friede Europas verbürgt werden kann. Nicht nur auf der rechten Seite, auch auf der linken gibt es Leute, die glauben, alles durch Gewalt lösen zu können. Die „rote Fahne“ verhöhnte vor einigen Tagen die Träger des passiven Widerstandes an der Ruhr, nur der bewaffnete Prophet hätte nach den Lehren der Geschichte bisher Erfolge erfochten. Es ist eine Unmöglichkeit, wenn den Kämpfern an der Ruhr vom sicheren Port auf Weisungen gegeben werden. (Sehr richtig!) Das gleicht aufs Haar dem Verhalten der Etappenkrieger, die am müßigsten waren, wenn sie am weitesten von der Front entfernt waren. (Zustimmung.) Lloyd George ist es gewesen, der erklärt hat, daß England selbstverständlich an Frankreichs Seite treten möchte, wenn Deutschland zum aktiven Widerstande überginge. Deutschland hat den Krieg auch verloren, weil es in der Welt moralisch isoliert war, Frankreich wird zu einer Verständigung mit uns gelangen, wenn es dem moralischen Zwang der Welt nicht mehr ausweichen kann.

Wir fürchten nicht die Dolchstoßlegende

der Deutschnationalen Presse, die erzählt, daß wir die Einheitsfront zerbrochen hätten. Eine solche Einheitsfront hat es nicht gegeben und wird es nicht geben. (Zustimmung.) Wir können den Klassenkampf nicht einstellen, selbst wenn wir wollten. Es kann keine Solidarität mit dem Unternehmertum geben. Wir können den

Kampf gegen die deutschen Unternehmer im Ruhrgebiet nicht mit der Unterstützung der französischen Bajonette führen. Kämpfen nicht unsere französischen und belgischen Genossen gegen dieselben Kapitalisten, die sich auf diese Bajonette stützen? Der Kampf an der Ruhr ist der

Kampf der Arbeit gegen die bewaffnete Brutalität

der Soldateska. In der ganzen Internationale besteht nur eine Ansicht, daß dieser Kampf, in dem die deutsche Arbeiterschaft ihre Arbeitsstätten gegen den Zugriff französischer Kapitalisten verteidigt, ein internationaler Kampf ist. Gewiß, die internationale Arbeiterschaft ist geschwächt, aber dennoch ist die moralische Unterstützung, die uns die französischen und belgischen Sozialisten durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung zuteil werden lassen, unendlich viel mehr wert, als die Beschimpfung Poincarés durch unsere Nationalisten, die nur seine Stellung stärken. Alle Nachwahlen in Frankreich haben die Gegner Poincarés und des Nationalen Blodes gestärkt.

Jeder Krieg muß durch Verhandlungen beendet werden, auch die Ruhrkrise. Daher ist es auch zu begrüßen, daß unser Genosse Ebert in Karlsruhe erklärt hat, daß wir diesen Kampf an der Ruhr nicht um des Kampfes willen führen.

Jede Möglichkeit zu Verhandlungen muß ausgenutzt werden.

und wir müssen die Regierung drängen, daß sie sich bereit hält zum Verhandeln. Aber zum Verhandeln gehören zwei. Es gibt in der Regierung Cuno eine ganze Anzahl von Personen, die durchaus nicht allzu begierig sind, bis zum letzten Augenblick auf ihren Plätzen auszuharren, und die der Sozialdemokratie sehr dankbar wären, wenn sie ihnen die Verantwortung abnimmt. Es ist wirklich nicht schwer, die Regierung Cuno zu stürzen. Aber jetzt, wo die „diskontingenten“ Männer der Wirtschaft in der Regierung

Harding will intervenieren.

Die „S. J. am Mittag“ veröffentlicht folgenden Drahtbericht aus New York:

Der amerikanische Botschafter in London Harney, der seit Neujahr in Amerika weilte, um mit dem Präsidenten Harding die europäische Lage zu beraten, hat Sonnabendabend im Klub der englischen Zeitungsverleger in New York den Journalisten die folgende Erklärung gegeben, die in der amerikanischen Presse die größte Sensation erregt hat.

Er teilte mit, daß Präsident Harding eine

Intervention in Europa vorbereite.

Diese Intervention werde zuerst zwischen der amerikanischen und der englischen Regierung besprochen. Der Interventionsplan des Präsidenten Harding, der vor ihm selbst entworfen ist, schlägt die Bildung einer internationalen Finanzkontrollkommission vor, deren Kontrolle Deutschland vorbehaltlos annehmen möchte. Die Kommission soll die tatsächliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands feststellen und die weiteren Zahlungsvorgeschreibungen Deutschlands feststellen. Auf der anderen Seite möchte Frankreich, wenn die Intervention angenommen wird, das Ruhrgebiet gegen diese internationale Garantie ohne Verzug räumen.

Die amerikanische Regierung sei gewillt, einen Druck auf beide Länder, sowohl auf Deutschland wie auf Frankreich auszuüben, um den Frieden zu retten. Keinesfalls würden die Vereinigten Staaten und England jemals zugestehen, daß Frankreich aus dem Rheinland einen unabhängigen Staat mache.

Nach einem weiteren Telegramm desselben Blattes aus London wird der Plan Hardings von der englischen Presse erörtert und hingeworfen, daß Bonar Law ihm warm unterstütze. Eine offizielle Mitteilung der Vereinigten Staaten werde innerhalb der nächsten 14 Tage erwartet.

Des weiteren hat Präsident Harding, nach einer Mitteilung aus Washington, vom Senat die Ermächtigung verlangt, die Vereinigten Staaten beim künftigen internationalen Gerichtshof in Haag, der unter dem Vorsitz des Völkerbundes steht, vertreten zu lassen. Der Entschluß Hardings erfolgte auf Anregung des Staatssekretärs Hughes, der der Ansicht ist, daß die Vereinigten Staaten unter gewissen Vorbehalten dem internationalen Gerichtshof beitreten könnten, ohne damit von ihrer traditionellen Politik abzuweichen. Einer der Vorbehalte besteht darin, daß die Teilnahme an diesem Gerichtshof für die Vereinigten Staaten keine Annäherung an den Völkerbund zur Folge haben dürfe.

New York, 26. Februar. (G.) Senator Edges, der von einer Reise aus Europa zurückgekehrt ist, begab sich zum Präsidenten Harding und erklärte ihm, es sei seine Aufgabe, eine internationale Konferenz einberufen, um die Zahlungsfähigkeit der einzelnen Schuldnerstaaten festzulegen.

Die Tonart der englischen liberalen Presse gegenüber der bisherigen Politik der Regierung Bonar Law hat sich in den letzten Tagen augenscheinlich verschärft. Das hängt zum Teil mit neuen erweiterten französischen Forderungen an England in der Frage der Eisenbahnen in der britischen Zone zusammen, gegen

deren Annahme sich im besonderen „Daily Chronicle“ und „Westminster Gazette“ mit aller Entschiedenheit wenden.

Berner wendet sich das Lloyd-George-Blatt „Daily Chronicle“ unter der Ueberschrift „Französische Gewalt! Soll Großbritannien untätig zusehen?“ mit aller Schärfe gegen die neuesten terroristischen Maßnahmen der Franzosen im Ruhrgebiet und sagt, daß die Zeit sicher kommen werde, wo Großbritannien dem französischen Vorgehen nicht länger mehr jene Art von Zustimmung gewähren werde, die sich in Stillschweigen ausdrücke.

Die beiden Sonntagsblätter „Sunday Times“ und „Observer“ äußern sich in ihren Beilagen in gleichem Sinne. „Sunday Times“ erklärt, das englische Volk sei mit der passiven Stellung der Regierung nicht zufrieden und „Observer“ schreibt, die britische Ehre und die britischen Interessen ständen am Rhein auf dem Spiele. Bonar Law sei verpflichtet zu handeln. Das Blatt fordert zur Beilegung des Ruhrkonflikts eine englisch-amerikanische Intervention und eine vertrauliche Erörterung dieser Frage zwischen London und Washington.

Aber selbst in konservativen Kreisen gewinnt der Gedanke einer aktiven englischen Politik ständig an Boden. „Times“ veröffentlicht einen Brief von neun konservativen Abgeordneten über die Interventionsfrage. Es heißt darin, mit dem Augenblick des Handelns der Regierung könne nicht bis in die Unendlichkeit gewartet werden. Wenn der Augenblick gekommen ist, so erwarten wir, daß die Regierung entschlossen und zielbewußt vorgehen wird, und wir sind überzeugt, daß sie sich hierbei auf die Mitwirkung der gesamten konservativen Partei verlassen kann. Der Brief schließt mit der Bemerkung, daß ohne Mitwirkung Amerikas eine Regelung der Reparationsfrage nicht getroffen werden könne; außerdem sei es erforderlich, daß die Möglichkeiten, die der Völkerbund für die Veröhnung biete, voll ausgenutzt werden.

Auch Esquith hielt am Sonnabend eine Rede, in der er die Mitwirkung des Völkerbundes zur Beilegung des Ruhrkonflikts verlangte.

Eine aufgegebenen Vermittlungsabsicht?

London, 26. Februar. (G.) Der Haager Korrespondent der „Daily Mail“ beschäftigt die bereits von deutscher Seite gemachte Mitteilung, daß der holländische Außenminister van Carnebeek irgendeine Vermittlung im Ruhrkonflikt habe herbeiführen wollen. Tatsächlich hätten mit den drei skandinavischen Staaten Besprechungen stattgefunden, weil diese eine Aktion einzuleiten wünschten. Insbesondere habe Drating eine lange Besprechung mit Carnebeek in dieser Angelegenheit gehabt. Aber im allgemeinen erhe die Anschauung im Haag dahin, daß der Augenblick nicht günstig sei, um eine Aktion zu unternehmen und daß bessere Gelegenheiten abgewartet werden müsse. Insbesondere müsse man zunächst die französische Reaktion sondieren.

Dagegen schreibt Marcel Huin im „Echo de Paris“: Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß alle Nachrichten, die in den letzten Tagen über eine Vermittlung der englischen, der amerikanischen und holländischen Regierung verbreitet wurden, frei erfunden sind.

fügen, mögen sie ruhig noch die Verantwortung für diese Boge weitertragen. Wahlen sind in dieser Lage nicht erstrebenswert. Es fragt sich auch, ob es überhaupt zu Wahlen käme, ob wir nicht einen Rechtsputz erleben, der wieder einen Linksputz und damit den Bürgerkrieg auslöst. Seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages war die Hauptarbeit der Sozialdemokratie darauf gerichtet, dieses Chaos zu verhindern. Allen bürgerlichen Parteien können wir mit Stolz sagen, daß, wenn in der Welt Verständnis in der Ruhrfrage vorhanden ist, dies das Verdienst der Sozialdemokratie ist.

Für alle Welt ist es jetzt mehr denn je sichtbar geworden, daß der Kapitalismus den Krieg in sich birgt. Der Sozialismus muß allein der Friede. (Woblfahrter Beifall.)

Wels schlägt dem Bezirksrat folgenden

Entschlieung

Der Bezirksrat behandelte den Arbeitern, Angestellten und Beamten des Ruhrreviers, die im Abwehrkampf gegen den brutalen Angriff des französischen Imperialismus stehen, seine unverbrüchliche Solidarität. Er fordert von der Regierung, daß sie die Entlohnung und Ernährung der Arbeiterschaft sichert, der wucherischen Ausbeutung des Volkes mit den neuerdings verschärften gesetzgeberischen Mitteln entgegentritt und überhaupt alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, die Führung des Kampfes zu erleichtern. Er verlangt, daß der Steuerdruck unter allen Umständen ein Ende gemacht wird, die Erfassung der Sachwerte eingeleitet wird, um die Voraussetzungen für eine Verständigung über die Reparationen zu schaffen.

Er fordert weiter, daß die Reichsregierung das baldige Zustandekommen neuer Verhandlungen in jeder Weise begünstigt und jede sich bietende Gelegenheit ergriffen wird, um mit den Reparationsgläubigern Deutschlands zu einem gerechten Ausgleich zu kommen, der die besetzten Gebiete von der Geißel des Militarismus befreit und der ausgeplünderten Arbeiterschaft wieder ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Er warnt die Reichsregierung eindringlich davor, sich durch die verbrecherische Hege sich national oder völkisch nennender Elemente von irgendeinem Schritt abzusprechen zu lassen, den ernste Prüfung der Umstände als Gebot der Vernunft erscheinen läßt.

Der Bezirksrat erklärt, daß die deutsche Arbeiterschaft den Imperialismus und Militarismus nicht nur Frankreichs, sondern jeden Landes zu bekämpfen entschlossen ist. Die deutsche Arbeiterschaft bildet keine Einheitsfront mit jenen reaktionären Elementen, die den französischen Vorstoß dazu benutzen wollen, um ihre Herrschaft in Deutschland auszurichten und jetzt wie früher den Gedanken der gewalttätigen Auseinandersetzung an Stelle der Verständigungspolitik zur Richtschnur ihres Handelns machen.

Diese Politik führt notwendig zur Zerrückung des Reiches; sie würde Deutschland aller Sympathien in der Welt erneut berauben und in die Isolation zurückbringen, in der es sich solange befunden hat. In der Abwehr des gewalttätigen Eindringens in das Ruhrgebiet, der Europa in neue Unruhen gestürzt hat, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens weiter hinauszieht, weiß die deutsche Arbeiterschaft sich eins mit der sozialistischen Arbeiterschaft der ganzen Welt.

In der

Diskussion

sprach zunächst Dr. Kurt Rosenfeld, der sich mit großen Teilen der Rede des Gen. Wels einverstanden erklärte und ausführte: Wir müssen den Sach bekämpfen, daß die Regierung Cuno erst verhandeln will, wenn die Franzosen das Ruhrgebiet verlassen haben. Die ersten Bedenken gegen einen Regierungssturz sind zwar zu beachten, aber auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß wir für alles verantwortlich gemacht werden, was die Regierung tut. Daher ist schärfste Opposition, selbst auf die Gefahr hin, nötig, daß die Regierung Cuno gestürzt wird. Wir dürfen

keinen Pfennig für die Reichswehr

bewilligen, die mit den Selbstschutzhorganismen Verhandlungen gepflogen hat.

Dr. Paul Besi: Der Kampf an der Ruhr ist ein erhebender Kampf der Arbeiterschaft. Es ist nicht so, daß das alles auf Anweisung der deutschen Regierung geschieht. Es regt sich dort ein intuitives, ein instinktives Gefühl der Arbeiterschaft, daß ihrer Klasse unrecht geschieht und daß sie sich dagegen aufbäumen mußten. Unsere Aufgabe ist es, diesem instinktiven Willen gegen irgendein Unbekanntes, ein politisches Ziel zu geben. Hier ist die große Gefahr, die unserer Partei droht, daß es so scheinen könnte, als ob jene mächtige Regierung im Ruhrgebiet nichts anderes sei, als die Umsetzung eines politischen Willens, der durch die Regierung ausgeführt wurde. Die Regierung Cuno ist der Inbegriff aller politischen, ökonomischen und sozialen Tendenzen, die wir von je be-

kämpft haben. Es ist der Triumph der Bürgerlichen, daß diese Regierung aus Ruder kam. Wenn diese Regierung nun nach allen ihren großen Reden gezwungen werden sollte, zu verhandeln, so sage ich, daß wir Sozialdemokraten uns hüten müssen, das diplomatische Mittel zu sein, um ihr aus der Brecheweise herauszuheilen. In der ganzen Welt will niemand, daß die Versailler Bestimmungen über die Reparationen aufgehoben werden. Die Verpflichtungen zur Reparation bestehen für uns ohne Rücksicht auf den Ausgang des Ruhrkampfes. Wir müssen der Regierung Cuno schärfsten Kampf ansagen. Der Reichsmehrheit bietet eine Gelegenheit, gegen sie vorzugehen.

Dr. Paul Herz: Ich bedaure, daß meine beiden Vorredner, die den Sturz der jetzigen Regierung wünschen, nichts über die Folgen eines solchen Vorgehens gesagt haben. Es gibt außer Deutschland noch andere Länder und in Deutschland außer der Arbeiterklasse noch andere Klassen. Die Reichstagsfraktion hat einstimmig beschloffen, unzweideutige Erklärungen und

aktiven Widerstand gegen die Orgeschanden

von der Regierung zu verlangen. Der Kampf um die Finanzgestaltung steht unmittelbar bevor. Die Sozialdemokratie wird gegen die Finanz- und Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien den schärfsten Kampf führen. Die Reichstagsfraktion hat ein Programm ausgearbeitet, dessen politischer Teil die Verhandlungsbereitschaft der Sozialdemokratie feststellt und das in sozialer, in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht Maßnahmen fordert, ohne die der Widerstand gegen den Einbruch der Franzosen unmöglich wird. Das ist eine klare Haltung, die der Sozialdemokratie Vertrauen schafft.

Aufhäuser: Der Kampf an der Ruhr ist jetzt ein Klassenkampf. Ich bezweifle, daß dieser Kampf von unserer Partei außerhalb des Ruhrgebietes mit der gleichen Schärfe geführt werden kann. Der „Vorwärts“ berichtet über diese Dinge so einseitig wie früher bei der Kriegsberichterstattung. Ich verweise in der Presse den Hinweis darauf, daß dieser

Kampf im Ruhrgebiet die Fortsetzung des Weltkrieges

ist, an dem ja unsere Kapitalisten auch nicht ganz unschuldig sind. Ich verweise den Hinweis auf die Schuld der deutschen Kapitalisten, die durchaus nicht alles getan haben, um den Wiederaufbau zu fördern. Es kann auch keine Rede davon sein, daß wir außenpolitisch mit der Regierung Cuno übereinstimmen. Ich habe noch keinen Minister gesehen, der den Kampf gegen die illegalen Organisationen so energisch aufgenommen hätte, wie der preussische Innenminister. Genosse Seewerger aber hat darum keinen Erfolg, weil das Reichswehrministerium ihn nicht unterstützt. Gegen dieses Ministerium müssen wir den Kampf aufnehmen. Es denkt natürlich kein Mensch daran, der Regierung Cuno die Verantwortung abzunehmen. Auch in der Opposition kann man verantwortliche Politik treiben. Der Kampf der Reichstagsfraktion muß aber besser durch die Presse unterstützt werden. Wir haben den schärfsten Kampf gegen den französischen Imperialismus im Ruhrgebiet, aber auch gegen die Regierung Cuno und diejenigen, die hinter ihr stehen, zu führen.

Emil Barth: Wels sagte, daß die Orgeschanden ungeheuer ansehenswürdig sind. Ich wäre froh gewesen, wenn man das schon 4 Jahre früher erkannt hätte. Es gibt für Deutschland drei Möglichkeiten für die Zukunft. Berrüche Kerle, nicht nur bei den Deutschnationalen, sondern auch anderswo, behaupten, daß man den Kampf an der Ruhr durchhalten könne, um die Reparationen abshüteln zu können, oder deutsche und französische Kapitalisten können sich auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft einigen; dafür, daß die Franzosen im Ruhrgebiet bleiben, würde man den deutschen Reaktionen 300 000 bis 400 000 Mann Reichswehr gegen den inneren Feind zubilligen und die Aufhebung des Wochentages betreiben und die Auflösung aller proletarischen Organisationen verlangen. Schließlich könnte eine machtvoll geeinte Arbeiterschaft die Jügel in die Hand nehmen.

Kurt Heintz: Durch die Ausführungen der Genossen Besi und Barth zieht sich der Gedanke, daß die Arbeiterschaft an der Ruhr die Wege ihres Handelns nicht mehr zu erkennen vermag. Ich bin im Ruhrgebiet gewesen und wenn Besi fürchtet, daß die Arbeiter dort keine politischen Weltgedanken hätten, so ist er sehr im Irrtum. Wenn man die Arbeiter dort nach dem Kabinett Cuno fragt, so lassen sie, daß es ihnen gleichgültig sei, und daß sie gegen den französischen Kapitalismus genau so kämpfen wie gegen den deutschen Kapitalismus. Der „Vorwärts“ ist in den letzten Monaten in seiner Hinsicht von der politischen Linie abgewichen, die ihm von der Gesamtpartei vorgezeichnet ist. Ich werde das Gefühl nicht los, daß viele Kritiker der Parteilinie glauben, daß die Partei irgendwelche Engste habe und daß ihr so die Richtschnur fehle. Die Richtschnur unserer Partei ist das praktische Programm der Sozialdemokratie, die Weltanschauung des Proletariats. Wenn wir das unserem Handeln zugrunde legen, werden wir erreichen, was wir wünschen.

Robert Schmidt: Die Schwäche des „Vorwärts“ ist es, daß ihm in dieser wichtigen politischen Situation ein viel zu kleiner Raum zur Verfügung steht. Keiner der bisherigen Redner hat irgendeine Tatsache angeführt, aus der man ersehen könnte, worauf es eigentlich ankommt. Ich glaube, daß hier ganz unberechtigte Vorwürfe

erhoben werden. Lassen Sie sich doch nicht immer wieder irreführen von Leuten, die ihnen einreden wollen, daß in der Reichstagsfraktion eine Einheitsfront für das Kabinett Cuno vorhanden wäre. Wir können Opposition machen, aber eine systematische Die Befestigung des Kabinetts Cuno löst doch nicht die Ruhrfrage! Der Redner polemisiert gegen Aufhäuser und erklärt dann, daß der Partei großer Schaden zugefügt würde, wenn man nicht jede Möglichkeit, zu unterhandeln, ausnützte. Aber diese Möglichkeit müssen wir doch erst haben. Dieser Kampf im Ruhrgebiet war nicht zu vermeiden. Unsere Parteigenossen an der Ruhr behandeln und beraten sehr eingehend alle tatsächlichen Maßnahmen. Sie haben sich so verhalten, daß wir ihnen bestätigen können, daß sie diesen Kampf mit Lieberlegung und Selbstbeherrschung trotz ständiger Provokation geführt haben.

Crispian: Die

Ruhrbesetzung wäre zu vermeiden gewesen.

Wir müssen in der breitesten Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß die Erfüllungspolitik von den Kapitalisten sabotiert wurde. Die Partei steht in ihrer Gesamthaltung auf dem Boden der internationalen Beschlüsse. Wir bemerken leider nur, daß einige Genossen dabei auf halbem Wege stehenbleiben: wir haben den Kampf nicht nur gegen die Franzosen, sondern auch gegen die deutschen Kapitalisten zu führen. Ob wir die Frage so stellen: Kampf gegen die Regierung Cuno oder Kampf gegen die bürgerlichen Parteien, kommt auf eins heraus. Auch Wels hat ja erklärt, daß wir die Einheitsfront brechen müßten, auch mit denjenigen bürgerlichen Parteien, die sich bis jetzt auf dem Boden der Erfüllungspolitik gestellt haben. Wir dürfen nicht warten, bis eine Situation die Verhandlungen unmöglich macht, sondern wir müssen eine solche Situation herbeiführen. Es ist ein Unglück, daß Leute wie Heisterich und Stresemann für englische Zeitungen Artikel schreiben können. Gegen die Märchen, die von ihnen dort verzapft werden, muß der „Vorwärts“ energisch vorgehen. Der Redner weist darauf hin, daß Mussolini vor seinem Staatsstreich in Deutschland war und mit reaktionären Kreisen Fühlung genommen hat. Er erklärt es für eine Illusion, daß irgendein ausländischer Staat Deutschland die Pflicht abnehmen werde, Verhandlungen anzubahnen. Als Cuno die Wirt-Politik verfolgen wollte, hat ihn die Großindustrie im Stich gelassen. Die Ruhrfrage kann nicht gelöst werden, wenn wir nicht die Macht aufbringen, die Großkapitalisten zu ihrer Pflichterfüllung gegen den Staat zu zwingen.

Stamper: Aufhäuser hat sich darüber besonnen, daß der „Vorwärts“ nicht hinter ihm, sondern gegen ihn stehe. Ich muß bedauern, daß der „Vorwärts“ nicht hinter ihm steht und auch nicht stehen kann. Parteivorstand und Pressekommission haben darüber zu wachen, daß die Übereinstimmung des „Vorwärts“ mit der Gesamtpartei besteht. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Redaktion nur ihre eigene Meinung vertritt. Solange ich Chefredakteur des „Vorwärts“ bin, habe ich es für meine Pflicht, die Meinung der Reichstagsfraktion und der Partei sowie jetzt die Politik des Ruhrproletariats im Zentralorgan zu Wort kommen zu lassen. So sehr ich es begrüßen würde, wenn auch Aufhäuser dieser Haltung zustimmen könnte, so möchte ich doch sagen, daß mir die Zustimmung des Ruhrproletariats in diesem Augenblick wichtiger ist.

Hierauf wurde die Diskussion auf Sonntag, den 4. März, vertagt. Der Bezirksrat beginnt wiederum um 9 Uhr vormittags in den „Germaniasälen“. Die alten Delegiertenkarten behalten ihre Gültigkeit.

Genossin Barm fordert energische Arbeit für die Verbreitung der „Gleichheit“, deren Verlesung durchaus mit der Zahl der organisierten Genossinnen nicht übereinstimmt, und bittet auch die Genossen um tatkräftige Unterstützung.

Nach einem Schlußwort Wels, der am nächsten Sonntag nicht in Berlin sein kann, wurde folgender Antrag der Reichstagsfraktion überwiesen:

Der außerordentliche Bezirksparteitag fordert von der Reichstagsfraktion die Ablehnung des Etats des Reichswehrministeriums. Diese Ablehnung ist besonders notwendig, weil — wie auch aus zahlreichen Nachrichten der bürgerlichen Presse ersichtlich ist — das Reichswehrministerium mit den angeblich aufgelösten Selbstschutzhilfen und anderen Orgeschformationen nicht nur weiter Verbindungen unterhält, sondern diese aktiv unterstützt. Diese Begünstigung der Orgeschformationen geschieht gegen den Widerstand des preussischen Innenministeriums, wie überhaupt alle ernsthaften Maßnahmen des preussischen Innenministeriums

Der Sparherd.

Von Teheha.

Kinder, wißt ihr, was ein Sparherd ist? Von außen gesehen ein rundes oder vieredriges Loch, um das etwas Eisen gelegt ist. Du sparst damit so viel Brennstoff, daß du am Ende des ersten Monats mehr Kohlen im Keller hast wie am Anfang. Im zweiten Monat kannst du schon an deinen Nachbar Kohle abgeben (wenn er noch lebt) und im dritten bist du imstande, ein eigenes Geschäft mit Feinstoffen anzufangen von lauter gespartem Brennmaterial.

Spas beseite, es soll tatsächlich Sparherde geben, die funktionieren. Ich habe einmal einen Feinspar gefannt, dessen Bruder bei jemand wohnte, dessen Schwester erzählen gehört hat, daß einer ihrer Bekannten einen Sparherd habe, über den sich alles freut. Mag sein — es hat ja auch „einmal“ den Zentner Kohlen für eine Mark gegeben.

Ich habe bis jetzt nur Sparherde kennengelernt, die die übrigen Mieter im Hause totärgern, langsam an Rauchvergiftung zur Hölle fahren oder an Lungenerkrankung erkranken lassen, weil sie kein Fenster mehr zumachen dürfen. Also, wir haben einen Sparherd in Hause. Erst mußten wir es gar nicht. Wir dachten, ein Dachleder wäre in dem Rauchfang stecken geblieben, weil unsere Wohnung qualmte wie eine Heringsräuchererei. Wir hatten bereits Luftrohrkatalog durchgemacht, liehen uns seit drei Wochen den Hals mit Tod auspinseln, da kam auf einmal unsere Nachbarin und erklärte, daß sie einen Sparherd habe, der ideal brenne. Sie brauche nur noch die Hälfte von früher, es sei direkt ein Spas. . . .

„Wie lange haben Sie das Instrument schon?“ fragte ich.

„Seit vier Wochen, ich habe aber schon mindestens vier Zentner Kohlen verbahrt.“

„Also seit einem Monat, genau so lange, wie wir arbeitsunfähig waren.“

Wir gingen mit ihr hinunter in den ersten Stock, wo das Wunder zu betrachten war. Er sah ganz harmlos aus. Man konnte zwar in der Küche die Augen nicht aufmachen, weil alles voll grüner Dämpfe war, aber, du lieber Gott, wenn man Kohlen sparen kann, muß man das in Kauf nehmen. Der kleine runde Ofen spruzte grün, schon nach wenigen Minuten nahm meine Sterblichkeit zu. Die eiserne Kohlenparkasse gab einen Duft von sich, durch den (meinen geschäftlichen Kenntnissen nach) Herkulanum und Pompeji hingerafft wurden.

„Wissen Sie auch, daß dieser Herd unser Haus vergiftet, weil die Schornsteine gar nicht danach eingerichtet sind, solche Apparate zu bedienen?“

„Das bishen Rauch? Da muß man sich dran gewöhnen.“

„Ne, ich passe.“

In tiefen Gedanken ging ich wieder in meine Wohnung, um weiter Sparqualm zu schluden. Es läßt sich mathematisch genau

ausrechnen, wann das letzte Stück Lungenlunge dem Herd zum Opfer gefallen sein wird. Unten sparen sie, und wir anderen reihen den ganzen Tag die Fenster auf, um den giftigen Schwaden hinaus zu lassen. Wir brauchen natürlich das Doppelte an Kohlen.

Wer kann Abhilfe schaffen? Ist es erlaubt, Weiter, die noch nicht an Selbstmord denken, langsam zu Tode zu qualen? Darf man aus lebendigen Menschen Rauchfleisch fabrizieren?

Hier einige Vorschläge: Zunächst beantrage ich, neben jedem Sparherd eine Lungenheilanstalt zu errichten. Weiter: Gründet Antisparherdereine. Bestürmt die Magistrat! Verkaufte die mörderischen Sparherde als Altfleisch. Benutzt sie zu Desinfektionszwecken, zum Rattenmord, zu Lötlöfen für Klempner, nur verpestet nicht die Wohnungen damit, schont unsere Augen, Lungen, Rektäpfe und was sonst nicht auf Sparherde dreht ist.

Jedenfalls wird die nächste Demonstration gegen diese eiserne Giftschlangen abgehalten.

Wenn ich in Kürze dem Sparherd zum Opfer falle, wenn mich das Friedhofsamt in die Arbeit bekommt, sei mein letzter Ruf: Los vom Sparherd. Auf meinen Leichenstein will ich geschrieben haben:

Wohltätig ist des Feuers Raucht.

Stoß nicht im Sparherd — gute Nacht!

Proletarische Felerstunden. Eine große, gläubige Gemeinde, die sich in Andacht einigte vor der ewigen Schönheit der Kunst, füllte am Sonntagmittag das weite Rund des Großen Schauspielhauses bis auf den letzten Platz. Die ganze Veranstaltung stand unter einem glücklichen Stern. Orgellänge leiteten ein und stimmten feierlich-ermahnend. Zuerst registrierte Lothar Rühlert Berangers Gedicht „Die heilige Allianz der Völker“ mit aller Eindringlichkeit, so daß die Hörer von dem idealen Gedankensflug des Dichters mitgerissen wurden. Nachdem der Männerchor unter der strengen Leitung seines Dirigenten Itho Wendels „Feldweinsamkeit“ mit geschulten Stimmen zum Vortrag gebracht, sprach Professor Radbruch ein paar Worte, schlicht und doch markig; er verstand es, die Gedanken der Volksfeier klar und lug zum Ausdruck zu bringen. Das Haupt- und wirkungsvollste Stück des Programms folgte dann: die außerordentlich padende Wiederholung des „Turms der Gemeinschaft“ durch einen Sprechchor von Männern, Frauen und Kindern. Alles war geschickt inszeniert und in guter Disziplin harmonisch abgestimmt. Lothar Rühlert, Heinrich Witte und Walter Werner vom Staatstheater hatten die Solistenpartien und führten sie siegreich durch. Und als sich zum Schluß über dem vielköpfigen Chor die rote Fahne entfaltete, lang der Männerchor mit frohwilligen Stimmen die internationalen Mit Orgelspiel von Georg Rohrbach klangen die proletarischen Felerstunden weihenoll aus.

Die Bevölkerung der Tschechoslowakei. Das staatliche statistische Amt veröffentlicht die endgültigen Ergebnisse der ersten Volkszählung in der tschechoslowakischen Republik. Sie zählte am 15. Februar 1921 13 611 349 Einwohner. Von den tschechoslowakischen Staatsangehörigen meldeten sich 8 760 957 zu den Tschechoslowaken,

3 123 443 zu den Deutschen, 747 069 zum magyarischen, 461 466 zur russischen (ruthenischen), 180 555 zur jüdischen, 75 852 zur polnischen und 23 059 zu anderen Nationalitäten, 238 943 waren Staatsfremde. — Der Religion nach bekannten sich 10 384 060 Personen zur römisch-katholischen, 992 080 zur protestantischen, 724 503 waren konfessionslos, 538 339 Angehörige der tschechoslowakischen Kirche, 553 928 der jüdischen, 552 608 der griechischen oder armenisch-katholischen Kirche, 72 096 Orthodoxe und 23 343 unbekannter Religion.

Nach dieser Statistik machen die Tschechen nicht mal fünf Vötel ihres Staats aus, die Deutschen fast ein Viertel.

Die Zwangshe in Anatolien. Nachdem schon vor längerer Zeit in Anatolien Bestrebungen im Gange waren, zur Erzielung einer stärkeren Volksvermehrung die Zwangshe einzuführen, hat jetzt der Abgeordnete von Erzerum für die Nationalversammlung in Angora, Sabit Effendi, einen Gesetzesantrag eingebracht, der die Zwangshe für Anatolien obligatorisch erklärt. Der Abgeordnete begründet seinen Antrag damit, daß die fortgesetzten Kriege das Land so entvölkert haben, daß auf den Quadratkilometer heute nur noch zehn Bewohner entfallen. Es sei demnach eine unbedingte Notwendigkeit, für die Wiedervölkung des Landes energische Maßnahmen in Anwendung zu bringen. Deshalb solle jeder junge Mann, der das 25 Lebensjahr erreicht hat, gesetzlich angehalten werden, eine Frau zu nehmen und dafür zu sorgen, daß diese zumindest alle drei Jahre ein Kind zur Welt bringt. Die Eheschließungen sollen ohne kostspielige Feiern und Feste erfolgen. Für diese demokratische Einfachheit der Eheschließungen hat erst kürzlich Mustafa Kemal Pascha, als er sich in Emrma verheiratete, dem Land ein nachahmenswertes Beispiel gegeben. Nach der Berechnung Sabit Effendis würde die türkische Bevölkerung nach Durchführung des Gesetzes in 25 Jahren eine Steigerung von 8 Millionen auf 48 Millionen Köpfe erfahren.

Ein Wettbewerb für das schmerzlose Schlachten. Die amerikanische Gesellschaft zur Bekämpfung der Grausamkeit gegen Tiere hat einen eigenartigen Wettbewerb ausgeschrieben. Dieser große und rührige Tiersehndereim setzt nämlich einen Preis von 10 000 Dollars aus für eine Vorrichtung, die die Tiere vor dem Schlachten völlig bewußtlos oder gefühllos macht, so daß das Schlachten selbst schmerzlos vor sich gehen kann. Es wird gefordert, daß dieser Apparat mechanisch sei und billig und daß er sicher, gefahrlos und rasch wirke.

Zielplanänderung. Anfolge des Erfolges von Strindberg „Aräulein Kuller“ ist die Straußführung von Natur Schaniler in den Rammerspielen auf den 8. März verschoben worden.

Gene Gesellschaft für Ökonomie und Forschung wurde unter dem Vorhild des Prof. Combed in Berlin gegründet. Interessierten wollen sich an Dr. Wolf, Charlottenburg, Cuno-Allee-Platz 1, wenden.

Die Volkshäuser. Zeitschrift für soziale Kunstpflege hat im dem 1. Januar in Vereinfachung des verhärteten Umfanges erschienen, widmet ihr erstes Heft dem Thema: „Schaukeln und Sublim“. Es enthält eine Reihe anregender und unterhaltender Aufsätze sowie eine sozialkritische dramatische Szene des Wiener Schriftstellers Volgar. In der die letzte Stunde des großen französischen Schauspielers Talma geschildert wird. Das Heft ist Nr. 250 des „Vorwärts“.

und anderer Behörden und Dienststellen zum Schutze der Republik offensichtlich vom Reichswehrministerium sabotiert und angeht des Konfliktes mit Frankreich wahnwitzige Kriegsspielerien der Organe ermöglicht werden.

Schluß des Bezirkstages um 3 Uhr.

Vor Eintritt in die Diskussion wurden die

Wahlen

erledigt. Es wurden gewählt:

Bezirksvorstand:

Vorsitzende: 1. Friedrich Schlegel, 2. Franz Künstler, Kurt Heinig.

Schriftführer: Heinrich Umlauf, Fritz Koch.

Revisoren: August Sellin, Gustav Regel, Eduard Barnst, Julius Jänike, Hans Wolf, Hermann Runze.

Vertreterinnen der Frauen: Klara Böhm-Schuch, Minna Joachim, Margarete Wengels.

Präsidium:

1. Kreis: Hoffmann, 2. Kreis: Meier, 3. Kreis: Jaenichen, 4. Kreis: Rothe, 5. Kreis: Böhner, 6. Kreis: Dittmer, 7. Kreis: Hinrichsen, 8. Kreis: Böhm-Schuch, 9. Kreis: Dr. Korach, 10. Kreis: Draemer, 11. Kreis: Dr. Glaser, 12. Kreis: Schulz, 13. Kreis: Wille, 14. Kreis: Albrecht, 15. Kreis: Birnbaum, 16. Kreis: Wittenzwei, 17. Kreis: Günther, 18. Kreis: Engel, 19. Kreis: Hiege, 20. Kreis: Lorenzen.

Bildungsausschuß:

Weimann, Seidel, Stod, Restenberg, Jacobs, Soemenstein, Lache, Schmalinsky, Günther.

Bezirksvorstand des Vereins Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin:

Hilse, Hühne, Rudolf Abraham, Adolf Joseph, Günther Heigentreu, Fritz Müller, Fritz Meyer.

Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt:

Minna Todenhagen, Emma Doelch, Emma Stod, Hedwig Harnisch, Friedländer, Martha Demming, Gertrud Eisfelder, Minna Joachim, Hedwig Koeder.

Neuer Einbruch in neutrales Gebiet.

Königswinter, 26. Februar. (WZB.) Gestern nachmittag gegen 3 1/2 Uhr wurde Königswinter von den Franzosen besetzt, und zwar durch Kavallerie. Von Oberkassel her kamen etwa 40 Mann Kavallerie und 60 Mann Infanterie. Gleichzeitig landete der Dampfer Rheinstein und brachte noch etwa 100 Mann. Sie besetzten das Rathaus, das Zollamt und die Zugänge zum Bahnhof. Der Bürgermeister protestierte gegen die Besetzung des neutralen Ortes. Nach 5 1/2 Uhr zog sich die Kavallerie wieder nach Oberkassel zurück.

Frankfurt a. M., 26. Februar. (WZB.) Der zum Diktionsbezirk Frankfurt a. M. gehörende Bahnhof Limburg-Lahn ist gestern früh um 8 Uhr von den Franzosen besetzt worden. Eingelasse in den dortigen Eisenbahnbetrieb sind bisher nicht erfolgt.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Montabaur: Die Stadt, die bisher zur amerikanischen Zone gehörte, aber schon seit zwei Jahren ohne fremdes Militär war, wurde heute mittag von zweihundert Marokkanern besetzt.

Die Besetzung des neuen Gebietes erfolgt offensichtlich, um die rechtsrheinische Bahnlinie Köln—Mainz vollständig in französische Hand zu bringen. Eine offizielle Begründung der Maßnahme von französischer Seite ist bisher nicht erfolgt. Sie kann auch durch nichts gerechtfertigt werden. Wenn es im „Petit Parisien“ anlässlich der neuen Okkupation heißt, Frankreich und Belgien seien ermächtigt, alle für notwendig erachteten Maßnahmen zu ergreifen, da Deutschland eine allgemeine Verfehlung begangen habe, so ist das ein juristisches Gutachten, das verweigert zu werden verdient. Mit derselben Begründung könnte Frankreich ganz Deutschland besetzen. Der Kommentar des französischen Blattes ist so oberflächlich, daß es sich kaum noch bemüht, die Gewalt- und Raubpolitik Frankreichs zu bemängeln.

Ausweisung der Dortmunder Schutzpolizisten.

Dortmund, 25. Februar. (LH.) Die in Dortmund verhafteten Schutzpolizisten und Beamten sind gestern von den Franzosen ausgewiesen worden.

Protest wegen des Milliardenraubs.

Die Reichsbank hat bei dem Oberkommando der französischen Besatzung in Düsseldorf wegen des Raubes der 15 Milliarden Mark auf der Station Hengsten einen Protest eingereicht. Heute nachmittag beginnen über die Rück erstattung des Geldes Verhandlungen.

Gewaltakte gegen die „Münchener Post“.

München, 26. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In der Nacht von Sonntag auf Montag ist in den Expeditionsraum der „Münchener Post“ eine Eierhandgranate durch ein Fenster geworfen worden, die glücklicherweise nicht explodierte. Durch ein anderes Fenster der Expedition wurde geschossen. Ein drittes Fenster ist eingeschlagen worden. Es ist abzuwarten, was die eingeleitete Untersuchung ergibt.

Devisenkurse.

	26. Februar		24. Februar	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Geld) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Geld) Kurs
1 holländischer Gulden	8977.50	9022.50	8977.50	9022.50
1 argentinische Papier-Peso	8379.—	8421.—	8379.—	8421.—
1 belgischer Franc	1211.96	1218.04	1211.96	1218.04
1 norwegische Krone	4164.58	4185.44	4190.47	4220.53
1 dänische Krone	4368.97	4421.03	4418.98	4496.07
1 schwedische Krone	6034.87	6065.18	6059.81	6090.19
1 finnische Mark	610.47	618.53	615.95	619.05
1 japanischer Yen	10672.78	10927.25	10872.75	10927.25
1 italienische Lire	1092.26	1097.74	1094.75	1100.25
1 Pfund Sterling	109483.12	107016.88	106782.50	107267.50
1 Dollar	22693.12	22806.88	22718.06	22831.97
1 französischer Franc	1381.03	1390.97	1371.56	1378.40
1 brasilianischer Milreis	2518.08	2531.92	2543.62	2556.38
1 Schweizer Franc	4259.82	4280.88	4274.28	4295.72
1 spanische Pesta	3581.15	3648.85	3641.12	3658.88
100 österr. Kronen (abgef.)	—	—	82.01	82.19
1 tschechische Krone	—	—	672.81	675.69
1 ungarische Krone	—	7.77	7.88	7.43
1 bulgarische Dewa	—	—	181.62	182.83
1 jugoslawischer Dinar	—	—	212.94	221.00

Reichsiedlungs-Woche.

Die in Berlin in den Tagen vom 25. Februar bis 3. März zu veranstaltende Reichsiedlungswoche wurde am Sonntag im Festsaal des Wohlfahrtsministeriums eröffnet. Geheimer Regierungsrat Holte, Vorsitzender des Deutschen Archivs für Siedlungsweesen, das zusammen mit anderen gemeinnützigen Verbänden für Wohnweesen und Siedlung und mit Organisationen von Städten und Landkreisen diese Veranstaltung ins Werk gesetzt hat, begrüßte die Teilnehmer und Behördenvertreter. Der Austausch von Gedanken des Siedlungsweesens dürfe, wenn auch ihre Ausführung jetzt durch die Not der Zeit so sehr erschwert ist, nicht zum Stillstand kommen.

Ministerialrat Krüger vom Reichsarbeitsministerium, der den Hauptvortrag dieses ersten Tages hielt, sprach über den gegenwärtigen Stand des Wohnungs- und Siedlungsweesens in Deutschland. Er betonte das Interesse des Arbeitsministeriums an allem Siedlungsweesen und an den Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Schon vor dem Kriege war in den Städten die Wohnungsnot fühlbar genug, weil die Abwanderung vom Lande jährlich 350 000—400 000 Menschen in die Städte geführt hatte, so daß von der Gesamtbevölkerung Deutschlands 1910 schon ein Fünftel (1870 in demselben Gebiet erst ein Zwanzigstel) auf die Städte entfielen. Versuche zu einem Wohnungsgefeß wurden schon 1904 gemacht, aber in Fluch kam die Wohnungsgefeßgebung erst von 1918 ab. Daß nach dem Kriege die Wohnungsnot noch stark zunehmen werde, erkannten alle Einsichtigen sofort. Der Krieg legte die Bautätigkeit völlig lahm, und nach dem Kriege war sie schwer wieder in Gang zu bringen, weil dem privaten Unternehmertum die Rentabilität nicht gesichert schien. Gemeinnützige und behördliche Tätigkeit mußte eingreifen, Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln wurden nötig. Rätegebungen richteten Geheißgebung und Bewoelung ihr Augenmerk jetzt weniger auf Wohnungspläne als auf Regelung der Mietverhältnisse, auf Erfassung des vorhandenen Wohnraums nötigenfalls durch Beschlagnahme und vor allem auf Förderung der Bautätigkeit durch Beschaffung von Baugeld, Baugeld und Baustoffen. Nach Krügers Ansicht hat die Niedrighaltung der Mieten dazu beigetragen, das Wiedererwachen der Bauwirtschaft zu hindern. Besserung erwartet er vom Reichsmietengesetz. Zur Förderung der Bautätigkeit soll das Reichsiedlungsgefeß dienen. In den Provinzen macht es gemeinnützige Siedlungsgesellschaften zu Trägern der ganzen Aktion. Es gibt ihnen Rechte auf Pachtung von Staatsdomänen, auf Erwerb von Moor- und Deiland, von Landteilen großer Güter nötigenfalls durch Enteignung. Ein Enteignungsrecht besteht auch für die städtische Wohnsiedlung. Angewendet wird es, wenn für Kleinwohnungen nicht genügend Baugrund zu angemessenem Preis freiwillig hergegeben wird. Zur Baugeldbeschaffung, die jetzt das Wichtigste ist, mußten Zuschüsse geleistet werden. Für Bergarbeiterwohnungen sollte die Kohlenabgabe die Mittel bringen. Die Wohnungsbau- schenke, die wahrscheinlich auf 3000 Proz. erhöht wird, liefert die allgemeine Baukostenbeihilfe. Trotz der 45—50 Milliarden, die im ganzen Reich schon aufgewendet wurden, blieb der Wohnungsbau gering. Der durch Ehescheidungen und Flüchtlingszug (800 000—900 000 Personen) gesteigerte Wohnungsbedarf konnte nicht annähernd gedeckt werden. In der letzten Zeit ist die Bautätigkeit wieder noch zurückgegangen. Ursache ist nicht die Zwangswirtschaft, denn auch in Ländern, die freie Wirtschaft im Wohnungsweesen haben, wurde wenig gebaut. Die erneute schwere Beeinträchtigung der Bautätigkeit in Deutschland ist hauptsächlich eine Folge der Währungsverschlechterung, die nicht zu langfristigen Kapitalanlagen im Wohnungsbau ermüdet. Für 1923 sind bei den jetzt phantastisch hohen Baukosten

Die Ausschichten sehr schlecht.

Kleinwohnungen, die schon im letzten Herbst 3 Millionen kosteten, erfordern jetzt 15, 20, 25 Millionen. Aber die Bautätigkeit völlig einzustellen, ist undenkbar. Das wäre ein Unglück von den schwersten Folgen. Wir müssen, schloß Krüger, auch die größten Hindernisse zu überwinden suchen. Wir sollen, müssen und wollen bauen.

Es folgte ein Vortrag von Regierungsbaumeister Sanger über die Werbung für den Siedlungsgefeß. Darauf wurde die im Hause des Wohlfahrtsministeriums untergebrachte Siedlungsschau besichtigt, die ein Werbemittel sein will.

Der Tag schloß mit einem Besuch der von der Märkischen Heimstätte geschaffenen Siedlung Eickamp, die sich durch Weiträumigkeit der Anlage und Begehung von nicht wenig Garteland auszeichnet. Etwa 100 Wohnungen sind schon in Benutzung, für ungefähr 100 andere ist Fertigstellung noch in diesem Jahr zu erwarten.

Mieterstreikpropaganda.

In zwei Mieterversammlungen, die am gestrigen Sonntag in der Biechhoffstraße und in Haverlands Festsaal stattgefunden haben, wurde beschlossen, am 1. März in den Mieterstreik zu treten. Vieciel organisierte Mieter sich unter den Erscheinenen befunden haben und woraus die Versammlungsteilnehmer das Recht herleiteten, für die gesamte Berliner Mieterschaft die Streikdrohung auszusprechen, darüber verläutet nichts. Weder die Zeitung noch die Vertreterversammlung des Gewes Berlin im Bunde deutscher Mietervereine hat ein derartiges Vorgehen beschlossen. Es hat den Anschein, als wenn unverantwortliche Elemente am Werke sind, um die Mißstimmung und Erregung der Mieterschaft zu benutzen, einen selbstgefahrenen Parteilaren wieder etwas in Gang zu bringen und unter dem Deckmantel eines Mieterstreiks parteipolitische Geschäfte zu besorgen. Mehrere Anzeichen deuten darauf hin, daß die Währungsfrage ihre Hand im Spiele hat. Jedenfalls ist es unverantwortlich, die Mieterschaft zu einem Streik zu treiben, bevor nicht alle anderen Mittel, die zu einer Berücksichtigung der Wünsche der Mieterschaft führen können, erschöpft sind. Die wenigsten unter den Streikwilligen werden sich klar gemacht haben, daß sie sich durch einen Mietzahlungsstreik viel Kosten und Unannehmlichkeiten machen, ohne eine Aussicht darauf zu haben, daß damit irgend etwas Positives erreicht wird. Die Gewerkschaftskommission und der Bezirksvorstand der GSD, werden heute nachmittag an einer Sitzung mit Vertretern der Berliner Mieterorganisationen teilnehmen, um die Sachlage zu beraten. Wir sind überzeugt, daß alle verantwortlichen Instanzen es ablehnen werden, sich einen Streikbeschuß aufzwingen zu lassen, der den Interessen der breiten Massen der Mieterschaft keineswegs dient, sondern sie sogar ernstlich schädigt.

Der „wilde“ Gepäckträger.

Große Aufregung gab es in der Königsgräber Straße. Auf dem Anhalter Bahnhof kam ein Buchhändler aus Würtemberg auf der Durchreise nach Amerika an. Ein „wilder“ Gepäckträger stürzte sich auf ihn und brachte ihn so weit, ihn das Gepäck nach dem Lehrter Bahnhof tragen zu lassen. Dort nahm ihm der Mann, ein Schlächter Karl Klein, für den Gang die Kleinigkeit von 8000 M. ab. Ein Dienstmann hörte das und belehrte den Reisenden, daß der „Wilde“ ihn gründlich übers Ohr gehauen habe. Erbatst eilte der Buchhändler nach dem Anhalter Bahnhof zurück, um seinen Träger zur Rede zu stellen. Sobald dieser seinen Auftraggeber sah, ergriff er die Flucht in die Königsgräber Straße hinunter. Der Gevrellte setzte ihm nach und andere Verfolger schloßen sich ihm an. Endlich wurde der Flüchtige ergriffen, leistete aber heftigen Widerstand, und ein Teil des Publikums ergriff, wie das so öftlich ist, seine Partei, ohne zu wissen, um was es sich handelte. Einer der Verfolger aber, ein Holländer, zog seinen Revolver und gab einen Schuß ab, zum Glück ohne jmanden zu treffen. Klein wurde nach der Woche am Anhalter Bahnhof gebracht und auch der Holländer wurde dorthin mitgenommen, weil er seinen Waffenheim besaß.

Prozeß Morvilius.

Im kleinen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgerichtsgebüdes begann heute vormittag vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I der mit Spannung erwartete große Diebstahls- und Hehlerei-Prozeß Röber-Morvilius. Seit 10 Jahren haben die Hauptangeklagten Frau Dora Röber und ihre Schwester Anna Förster in Gemeinschaft mit den Töchtern der Ehefrau Röber, Luise Morvilius und Marie Ederl, und mit der Freundin der Frau Förster, Anna Hils, Raubzüge durch alle Berliner Warenhäuser und Spezialgeschäfte unternommen. Nachgewiesen ist den Angeklagten, daß sie in nicht weniger als 68 Geschäften Diebstähle begangen haben. Es sind folgende Personen angeklagt: Frau Dora Röber, Frau Anna Förster, Frau Anna Hils, Frau Luise Morvilius, Frau Marie Ederl, Kaufmann Josef Röber, Rechnungsprüfer Artur Förster, Vertreter Ludwig Hils, Kaufmann Max Ederl, der frühere Direktor der Reichsreuehandels-gesellschaft Franz Morvilius, der Kaufmann Schmidt, der Schriftsteller Max Raubeder, Glasermeister Georg Jun- der, Kaufmann Karl Simmede, der Schlosser Walter Heins, Kaufmann Richard Knoll.

Bei Eröffnung der Sitzung stellte sich heraus, daß die zweite Hauptangeklagte, Frau Anna Förster, fehlte. Sie hat es betanlich gelegentlich einer Ausföhrung verstanden zu stüchten, ist aber vor kurzem in Holland festgenommen worden und bereit's auf dem Wege nach Berlin. Der Vorsitzende hält es für nötig, die Anklage gegen eine Reihe von Angeklagten, die mit der Sache an sich nichts zu tun haben, abzutrennen, da sie nicht im Zusammenhang mit der Sache stehen. Während der Gerichtshof sich wegen einiger von der Verteidigung gestellten Anträge auf Haftentlassung zur Beratung zurückgezogen hatte, hielt der Angeklagte Raubeder mit laut tönender Stimme eine lange Rede „an seine Herren Kollegen von der Presse“, in der er sich u. a. als „Bewichtigungs-kommissar“ bezeichnet. Er redet noch weiter, als der Gerichtshof schon wieder erschienen ist, so daß der Vorsitzende ihn mit den Worten unterbricht: „Raubeder, wollen Sie nun endlich den Mund halten?“ (Heiterkeit.) Die Anträge auf Haftentlassung werden abgelehnt, dagegen die Abtrennung der Anklage gegen die vier Angeklagten Simmede, Heims, Raubeder und Knoll beschlossen. Raubeder verläßt die Anklagebank, indem er mit lauter Stimme zum Publikum hinüberfingert: „Blick ich umher in diesem edlen Kreise!“ Es sind über 100 Zeugen geladen. Rechtsanwält Dr. Frey: Die Verteidigung hat am 21. August beantragt, Frau Röber auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen, ob Kleptomanie vorliege. Dieser wichtige Antrag ist volle 6 Monate ohne Entscheidung geblieben und erst am 17. Februar als unerblich abgelehnt worden. Frau Röber sei inzwischen von Dr. Bürger dreimal untersucht worden. Das genüge aber nicht. Für Gerichts-sachverständige von Beruf und Qualität sei es nötig, eine gründliche Untersuchung vorzunehmen. Da Bandendiebstahl angenommen wurde und bei Frau Förster die Annahme bestehe, daß auch sie an Kleptomanie leide und daher § 51 in Frage komme, müsse die Sache vertagt werden. Die wegen Hehlerei Angeklagten seien nicht strafbar, wenn der Dieb gestraft sei. Vorsitzender: Nehmen Sie denn an, daß Frau Förster von Anfang an gestraft war? Dr. Frey: Das kann ich nicht saen, ich nehme es jedenfalls an. (Lachen im Publikum.) Nach weiteren Ausführungen des zweiten Verteidigers der Frau Röber beschließt das Gericht, die Vertagung abzulehnen und in die Verhandlung einzutreten. Gegen Frau Förster soll am Freitag weiterverhandelt werden.

Die Angeklagte Frau Röber erscheint auf der Anklagebank in einem kostbaren Sealpelz. Sie ist 47 Jahre alt, hat nervöse eingefallene Gesichtszüge und zeigt sich sehr unruhig. Sie ist in Rotterdam geboren und war dreimal verheiratet. Schon im Jahre 1912 ist sie wegen Wohnungskuppelei mit drei Tagen bestraft worden, 1913 mit vier Monaten wegen Diebstahls, 1914 mit zweieinhalb Jahren Gefängnis wegen Diebstahls und 1917 wiederum wegen Diebstahls. Auch der Ehemann Röber ist wegen Hehlerei bereits verurteilt.

Wir werden über den Fortgang des Prozesses berichten.

Der Golddiebstahl im Simplon-Express.

Verhaftung des Täters in Berlin.

Eine französische Gesellschaft von Goldkäufern hatte im Dezember vorigen Jahres in Rumänien und der Türkei, besonders in Konstantinopel, für 600 000 Frank, gleich 570 Millionen Mark, zusammengebracht. Um das Gold, dessen Ausfuhr aus der Türkei verboten ist, über die Grenze zu schmuggeln, packten es die Aufstauer in 44 Kisten und diese in einen Sack, den sie falsch signierten und deklarieren. Es war meistens russisches und türkisches Gold, das nach Frankreich importiert werden sollte.

Am 23. Dezember war im Simplon-Expresszug von dem Sack die Bombe abgegangen. Das entdeckte der 39 Jahre alte aus Modena gebürtige Apotheker Mario Cimarotti, der sich jetzt als Schlafwagenkontrollleur durchschlug. Er brachte den ganzen Sack heimlich auf die Seite und nahm ihn mit, als er in Benedig ausstieg. Schleunigst telegraphierte er an seine Geliebte, ein Fräulein Lagrange in Paris. Diese kam nach Benedig herüber, um ihm beim Wegschaffen der Beute zu helfen. Sie erhielt dafür vier Kisten mit Gold und fuhr damit nach Paris zurück. Der Verdacht der Pariser Kriminalpolizei, der der Diebstahl gemeldet wurde, fiel bald auf Cimarotti. Dieser war aber verschwunden, während Fräulein Lagrange in Paris festgenommen werden konnte. Die Ermittlungen der Pariser Polizei ergaben, daß sich der Dieb unter dem Namen Lamson in Berlin aufhalten sollte. Hier wurde er, als er von einer Reise nach Schweden zurückkehrte, verhaftet. Der Kriminalpolizei liegt zunächst sehr daran, zu erfahren, was Herr „Lamson“, ein großer schlanker Mann mit glattrasiertem Gesicht, der italienisch, französisch und englisch spricht, in Berlin alles getrieben hat. Wer darüber Auskunft geben kann, wird ersucht, sich bei Kriminalkommissar Dr. Riemann, im Zimmer 84 des Polizeipräsidiums zu melden.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich auf dem Fuhrpark des Magistrats Treptow in der Spreestraße in Niederschöneweide. Dort wurde ein Kahn mit Wehl entladen. Beim Hochziehen einer Last von fünf Säcken riß das Seil, und die herunterstürzenden Säcke trafen zwei Magistratsarbeiter, Wilhelm Pockrandt aus Oberschöneweide, Wilhelm Hoffstr. 82, und Otto Schulz aus Oberschöneweide, Bestendstr. 26. Beide trugen schwere Knochenbrüche davon und mußten nach dem Elisabeth-Krankenhaus in Niederschöneweide geschafft werden. Die Schuld an dem Unfall soll den Kranführer treffen, da er die Last zu hoch gezogen hatte.

Beim Postamt NO. 43 in der Reuen Königsstr. 70 hatte ein Schalterbeamter am Schalter 4 einen Wündertrag von 125 000 M., der wahrscheinlich dadurch entstanden ist, daß er sich beim Verkauf von Steuermarken geirrt hat. Da der Beamte den Schaden selbst voll erleiden muß, wird das beteiligte Publikum gebeten, die eingekauften Werte zu prüfen und den etwaigen Mehrbetrag beim Postamt 43 abzuliefern.

Platinabdiebstahl bei Thossen. Am Sonnabendnachmittag wurde aus dem Laboratorium der August Thossen-Werte eine größere Menge Platin im Werte von etwa 180 Millionen Mark gestohlen. Der im Laboratorium anwesende Leiter wurde gefesselt und mit einem Revolver bedroht. Als Täter kommt ein etwa 25jähriger Mann in Frage, der mit den örtlichen Verhältnissen anscheinend vertraut war. Auf die Herbeischaffung des Platins ist eine Belohnung von acht Millionen Mark ausgesetzt worden.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig wärmer, überwiegend trübe und etwas neblig, mit geringen Niederschlägen und mäßigen vorherrschend östlichen Winden.

